

Antrag auf Trassenänderung

gilt auch für das vereinfachte Verfahren

1. Allgemeines

Landesverwaltungsamt
Referat 301
Ernst-Kamieth-Straße 2
06112 Halle (Saale)

Eingangsstempel
Reg.Nr.

Antrag auf Änderung der Trasse des überregionalen Radwegs

für den

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒

1.1 Antragsteller

Name und Anschrift des Antragstellers

Bearbeiter:

.....
Telefon/Telefax/ E-Mail-Adresse:

.....
.....

Entsprechend der Anfrage beim Landesverwaltungsamt

Vereinfachtes Verfahren

☐

Verbindliches Verfahren

☐

Kurzbeschreibung der beantragten Trassenänderung:

Unterlagen / Stellungnahmen:

Bemerkungen

- Vorhabensbeschreibung mit Nennung der Gründe
- Karte

☐ *☐ *

- Kurze Zustandsbeschreibung der neuen Trasse ☐ *
- Beschluss bzw. Entscheidung zur Antragstellung bzw. Neuanlage ☐
- Stellungnahme des Landkreises (u.a. UNB, UWB, UDB)
(wenn nicht Antragsteller) ☐ *
- Erklärung zur Verfügungsberechtigung der Grundstücke gemäß Anlage ☐ *
- Stellungnahme der Kommunen, die von der Trassenänderung
betroffen sind ☐
- Nachweis der Abstimmungen bei Landkreis bzw. Ländergrenzen
überschreitender neuer Wegführung ☐
- Stellungnahme der Koordinierungsstelle des Radwegs ☐ *
- Zustimmung des Baulastträgers (wo notwendig) ☐ *
- Stellungnahme des ALFF (bei ländlichen Wegen) ☐ *
- Nachweis der Abstimmung bei regional übergreifender Wegführung ☐
- Stellungnahme des ADFC ☐
- Stellungnahme Regionale Planungsgemeinschaft ☐ *
- Stellungnahme regionaler Tourismusverband ☐

☐ * **nur diese Unterlagen sind für das vereinfachte Verfahren notwendig**

*) Hinweis:

Das Landesverwaltungsamt kann ggf. weitere Unterlagen nachfordern, soweit dies für die Beurteilung des Trassenänderungsantrages erforderlich ist.

Ich / Wir versichere(n) die Richtigkeit und Vollständigkeit der gemachten Angaben und der beigefügten Unterlagen.

Ort / Datum

Unterschrift / Stempel

Landesverwaltungsamt
Referat 301
Ernst-Kamieth-Str. 2

06112 Halle (Saale)

Erklärung zur Verfügbarkeit von Grundstücken

Hiermit erklären wir, dass sich die von der Trassenänderung betroffenen Grundstücksflächen im Eigentum oder in der auf einem sonstigen dinglichen Recht (z. B. Dienstbarkeit) oder öffentlichem Recht oder einer Nutzungsvereinbarung basierenden Verfügungsmacht befinden.

Im Fall einer Nutzungsvereinbarung bestätigen wir, dass wir die Verkehrssicherungspflicht für den Radwegeabschnitt übernehmen und eine diskriminierungsfreie öffentliche Zugänglichkeit vereinbaren.

Ort/Datum

rechtsverbindliche Unterschrift
Stempel/Siegel des
Antragsstellers